

Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 16.10.1997
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:20 Uhr
Sitzungsort: Veranstaltungsraum des Jugendzentrums "Alte Post",
Cirksenastraße 2 a

Anwesend:

Vorsitzende

Grix, Helga

SPD-Fraktion

Mecklenburg, Rico
Tamminga, Jenny

CDU-Fraktion

Hegewald, Reinhard
Köhler, Nils

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Züchner, Hermann

FDP-Fraktion Grundmandat

Beisser, Kurt-Dieter Dr.

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm
Meinen, Regina
Rehling, Gertrud

Beratende Mitglieder

Eilers, Carola
Fekken, Okka
Henrich, Ursula
Kühl, Eckhard
Ouedraogo, Abdou
Sprengelmeyer, Thomas
Wilts, Elfriede

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlußfähigkeit fest.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Verpflichtung stimmberechtigter sonstiger und beratender Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Frau Grix verpflichtet das beratende Mitglied Michael Lier gem. § 28 NGO.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.06.1997

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.06.1997 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Anträge von Vereinen und Verbänden
Vorlage: 13/327

Herr Sprengelmeyer erläutert die Vorlage. In der Vorlage sei unter Punkt 9 AWO/DGB Emden insofern eine Korrektur vorzunehmen, daß an der Internationalen Begegnung in Frankreich nicht sechs Jugendliche, sondern fünf Jugendliche teilgenommen haben. Der Zuschuß betrage laut Richtlinien 1.300,-- DM.

Herr Grix bittet, über den Punkt 9 der Vorlage gesondert abzustimmen.

Beschluss:

An Vereine und Verbände werden folgende Zuschüsse gezahlt:

	<u>Gesamtkosten (DM)</u>	<u>Zuschuß (DM)</u>
1.CVJM		
Betriebskostenzuschuß	ca. 21.000,--	14.000,--
2.SJD-Die Falken		
Betriebskostenzuschuß	ca. 6.000,--	4.500,--
3.Jugendtreff Harsweg		
Betriebskostenzuschuß	ca. 10.000,--	3.000,--
4.DPSG, Kath. Pfadfinder		
Zuschuß f. Zeltausstattung	2.616,30	1.300,--
5.Ausländerbeirat		
Tagesfahrt mit 45 Kindern u. Jugendlichen nach Soltau	ca. 2.000,--	500,--
6. Malschule/Musikschule		
Modellprojekt Klangform "Der Zauberlehrling"	ca. 20.000,--	1.000,--
7.Ev.-ref. Gemeinde Twixlum		
Zuschuß f. Basketballkorb zur öffentlichen Nutzung	ca. 2.250,--	750,--

8.Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Internationale Begegnung in Frankreich für 10 Teilnehmer/ -innen aus Archangelsk	2.600,-- lt. Richtlinien
9.AWO/DGB Emden Internationale Begegnung in Frankreich für 6 Teilnehmer aus Archangelsk	1.260,-- lt. Richtlinien

Herr Grix hat an der Abstimmung zu Punkt 9 nicht teilgenommen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Mitteilungen des Oberstadtdirektors

Beschluss:

Ergebnis: kein Beratungsergebnis

- a) Stand der Planung des Kindergartens beim Ökowerk
Vorlage: 13/325

Herr Saathoff erläutert die Vorlage. Beim Ökowerk solle ein 2-Gruppen-Kindergarten gebaut werden. Die Baukosten werden ca. 1 Mio. DM betragen. Hierfür sei im Haushaltsplan 1997 ein Betrag von 380.000,-- DM und im Finanzplan 1998 ein Betrag von 620.000,-- DM veranschlagt.

Finanziell nicht abgesichert sei ein Mehrzweckraum, der das Ökowerk-Gebäude mit dem Kindergarten verbinden soll. Die Realisierung hänge davon ab, ob ein Antrag auf Förderung, der unter Federführung des Ökowerkes bei der Europäischen Kommission gestellt ist, genehmigt wird. Unter dem Begriff "Eurokindergarten" solle ein Projekt entstehen, das Umweltbildungsarbeit und Kindererziehungsarbeit miteinander verbinden soll.

Herr Bunjes vom Hochbauamt stellt die Bauplanung des Kindergartens anhand von Schautafeln vor und geht ausführlich auf die verschiedenen Bauphasen ein, auch unter ökologischen Gesichtspunkten. So solle z. B. das Gebäude zum Teil mit einem Grasdach versehen werden und eine Regenwasserauffangmöglichkeit geschaffen werden. Sonnenkollektoren seien ebenfalls in die Planung miteinbezogen. Außerdem sollen die Fenster kindgerecht in Fußbodenhöhe installiert werden. Es sei beabsichtigt, das Gebäude umweltfreundlich mit viel Holz zu gestalten.

Herr Hegewald begrüßt den Bau des Kindergartens und bittet um eine möglichst kostengünstige Bauplanung, zumal hier Steuergelder verwendet werden. Außerdem fragt er nach der Notwendigkeit des Namens "Eurokindergarten".

Frau Tamminga befürwortet ebenfalls die Planung des Kindergartens und hält die Bauplanung für gut durchdacht, z. B. aufgrund der ebenerdigen Fenster sowie der vorgesehenen Sonnenkollektoren. Bedenken äußert sie bezüglich des geplanten Balkons, weil sie hier eine Gefährdung für die Kinder sieht. Kritisch äußert sie sich über die vorgesehenen Glasfronten wegen der Wärmeentwicklung im Sommer. Sie möchte wissen, ob an eine Beschattung gedacht sei. Hinsichtlich der Namensgebung äußert sie die gleichen Bedenken wie Herr Hegewald.

Herr Bunjes erläutert, es sei kostenbewußt geplant worden. So sei z. B. eine kostengünstige zweigeschossige Bauweise gewählt worden. Für den Mehrzweckraum sei eine gemeinsame Nutzung mit dem Ökowerk geplant. Außerdem müsse man die Ausschreibung abwarten. Er, Herr Bunjes, gehe davon aus, daß man die Baukosten auch deshalb niedrig halten könne, weil

die Baupreise derzeit "im Keller" sind. Bezüglich des geplanten Balkons erklärt Herr Bunjes, daß das Geländer des Balkons 110 cm hoch sei statt der vorgeschriebenen 80 cm, und daß die Stäbe senkrecht eingesetzt würden. Selbstverständlich bleibe immer ein gewisses Restrisiko bestehen.

Herr Kühl ergänzt, der Name "Eurokindergarten" sei im Zusammenhang mit der Antragsstellung bei der Europäischen Kommission genannt worden. Es handele sich um ein europaweit einmaliges Konzept. Natürlich könne der Kindergarten einen anderen Namen bekommen.

Frau Rehling fragt nach, ob Pläne für den Fall bereitliegen, wenn die Finanzmittel nicht zur Verfügung stünden.

Herr Bunjes erläutert den ersten und zweiten Bauabschnitt, wonach auch ohne Zusage der Europamittel der Bau vollendet werden kann, nur daß dann der Mehrzweckraum wegfiel. Es könne demnach in aller Ruhe gehandelt werden.

Herr Mecklenburg bezeichnet das geplante Konzept als beispielhaft und gut für die Bereiche Umweltbildung und Kindererziehung. Er weist daraufhin, daß der Kindergarten seinen Betrieb am 01.08.1998 aufnehmen soll und fordert im Namen seiner Fraktion, die Ausschreibung schleunigst voranzutreiben.

Herr Hegewald möchte, daß bezüglich seiner Anmerkung zur Finanzierung keine Mißverständnisse entstehen. Er bittet nur darum, etwas schlichter zu bauen, z. B. evtl. den Balkon ganz wegzulassen.

Herr Bunjes erklärt, daß mit der Ausschreibung bereits begonnen worden sei und daß sich wahrscheinlich einige Details hinsichtlich der Architektur noch ändern können, z. B. alternativ zur Beschattungsanlage Spezialglas, welches die Hitze abhält.

Frau Grix bedankt sich bei Herrn Bunjes für die ausführliche Darstellung.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- b) Bericht des Arbeitskreises "Sexuelle Gewalt an Frauen und Kindern", Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung
Vorlage: 13/229

Frau Fekken berichtet, daß die kinder- und jugendpsychiatrische Sprechstunde am 30.09.1997 geschlossen worden ist. Die ersten Konsequenzen daraus seien bereits entstanden. Die "Nichtversorgung" könne durch andere Einrichtungen vor Ort nicht aufgefangen werden. Fünf Kinder mit starken Auffälligkeiten seien in der Erwachsenenpsychiatrie des Emdener Krankenhauses untergebracht und dort "geparkt" worden. Therapeutisch könne mit den Kindern nicht gearbeitet werden. Es sei zu befürchten, daß die Zahl der Fremdunterbringungen durch das Jugendamt sich wegen der Schließung ebenfalls erhöht. Das bisher in Emden vorhandene ausgewogene und aufeinander abgestimmte Hilfsangebot für Kinder und Jugendliche sei aus den Fugen geraten. Die Misere habe damit begonnen, daß in der Erziehungsberatungsstelle eine Stelle abgegeben und daß die Schulpsychologie von Emden nach Aurich verlagert wurde. Hierdurch ist der Druck auf andere Einrichtungen größer geworden. Eine psychiatrische Versorgung finde nicht mehr statt. Dieses habe zur Folge, daß Personen ohne Fachkompetenz mit Kindern arbeiten müssen. Die Situation wird von Frau Fekken als dramatisch beschrieben und kann ihrer Meinung nach so nicht hingenommen werden. Sie fordert, eine ambulante Versorgung gehöre in die Region.

Herr Dr. Heeren stimmt Frau Fekken uneingeschränkt zu. Die negative Entwicklung sei bedauerlich, wenn man bedenke, daß ein Drittel aller eingeschulten Kinder in irgendeiner Form aktiv behandlungsbedürftig sind.

Herr Dr. Heeren erklärt, im Vorfeld sei versucht worden, Alternativen zur psychiatrischen Sprechstunde zu entwickeln. Leider hat man damit keinen Erfolg gehabt und die Skepsis sei nun noch größer geworden. Problematisch sei außerdem, daß die Ärzte für diese Leistung schlecht bezahlt würden, so daß Kinderpsychologen kaum existieren können. Seines Erachtens müsse die Krankenkassenärztliche Vereinigung (KV) für diese Ärzte eine Garantie zu übernehmen. Herr Dr. Heeren weist daraufhin, daß in Ostfriesland keine Stelle mehr vorhanden sei, und man nach Papenburg oder Wilhelmshaven ausweichen müsse. Dort gebe es allerdings lange Wartezeiten.

Herr Grix fordert, daß die Verwaltung im Verbund mit den Krankenkassen auf Ostfriesischer Ebene zusammenarbeite, um in den Einzugsbereich Leer, Aurich, Emden, eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten für eine vernünftige kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung. Irgendjemand sollte das Heft in die Hand nehmen, um eine gemeinsamen Vorgehensweise zu entwickeln.

Herr Hegewald äußert im Namen seiner Fraktion Bedauern und stimmt Herrn Grix zu. Seine Partei habe sich bereits mit der Bundesregierung (Bundesgesundheitsminister Seehofer) in Verbindung gesetzt, um Ratschläge einzuholen. Eine Antwort stehe noch aus.

Herr Mecklenburg ist der Ansicht, daß nach einer Kosten-Nutzenrechnung eine Versorgung in Papenburg höhere Kosten verursache, und demnach die Krankenkassen unterm Strich höhere Kosten zu zahlen hätten als vorher. Es sei zu prüfen, wie die Grundversorgung wieder hergestellt werden könnte.

Frau Meinen äußert ihre Wut darüber, daß Kinder und Jugendliche nicht mehr betreut werden können. Fraktionen und Verwaltung müßten Verantwortung und Rückgrat zeigen und handeln. Sie kritisiert, daß bereits im Vorfeld mehr hätte passieren können.

Herr Sprengelmeyer legt Wert auf die Feststellung, daß die Ambulanz inhaltlich gut gearbeitet habe und daß seit Beginn der Ambulanz im Jahre 1985 ca. 250 Erstkontakte jedes Jahr geknüpft worden seien. Wir sollten uns darüber Gedanken machen, was es uns Wert ist, daß die Ambulanz in Emden ist und nicht woanders.

Frau Fekken erklärt, daß es eine Arbeitsgruppe gebe, aber die Materie sei zu komplex, so daß man auf juristische Hilfe angewiesen sei.

Herr Dr. Beisser merkt kritisch an, daß die Schließung der Ambulanz aufgrund eines BSG-Urteils erfolgt sei, welches jedoch eine Einzelfallentscheidung gewesen sei. Hier handele es sich um vorauseilenden Gehorsam seitens der Krankenkasse und der KV. Es bestünde ein Versorgungsauftrag und der Bedarf sei sicherzustellen. Er äußert die Bitte an die Verwaltung, das Urteil rechtlich prüfen zu lassen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- c) Vorstellung der neuen Konzeption für das Jugendzentrum "Alte Post"
Vorlage: 13/322

Die Sozialarbeiterin, Frau Spengler, erläutert die Kernpunkte des neuen Konzeptes und legt Wert auf die Feststellung, daß es sich um einen ersten Entwurf handele und daß dieser noch nicht ausgereift sei. Ziel der Konzeption sei es, den Veränderungen in der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen Rechnung zu tragen. Vorrangiges Ziel sei es, die Kinder und Jugendli-

chen verstärkt in die Verantwortung einzubeziehen. Z. B. sei geplant, einmal wöchentlich das Postcafe unter Regie der Kinder und Jugendlichen zu betreiben. Die Betreuung werde durch Mitarbeiter des Jugendzentrums wahrgenommen. Ferner seien verschiedene Beratungsstellen in der Stadt Emden angesprochen worden, die sich demnächst im Jugendzentrum präsentieren, z. B. die Drops. Außerdem sei an die Erstellung eines Beratungsführers speziell für Kinder und Jugendliche gedacht. Es solle des weiteren eine Verstärkung der Öffnung des Hauses nach außen erfolgen. Hier sei an Kooperation mit anderen Aktiven im Kinder- und Jugendbereich gedacht, z. B. "Wackelpeter, Kinderschutzbund usw.". Eine Erweiterung des Medienangebotes (Internet sowie PC) solle ebenfalls erfolgen. Die Umsetzung der vorgelegten Konzeption erfolge schrittweise und angepaßt an die jeweilige Personalsituation.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Anfragen

Herr Saathoff erklärt, daß die nächste Jugendhilfeausschußsitzung am 05.11.1997 um 17.00 Uhr im Ratssaal stattfindet. Hierbei gehe es um den Haushaltsentwurf 1998/99. Die planmäßig vorgesehene Sitzung am 18.12.1997 finde nicht statt.

Herr Sprengelmeyer erinnert nochmals an das Seminar für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses am 14. u. 15.11.1997. Er bittet darum, daß die Mitglieder des Ausschusses sich anmelden.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.20 Uhr.